



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Deutsche Geschichte**

**Class, Heinrich**

**Leipzig [u.a.], 1921**

Das Ende

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)



auch das kaiserlich gebliebene deutsche Reich nicht treffen können, eindeutiger nicht beweisen können, daß er das deutsche Volk vernichten wollte — wie das die Völkischgesinnten stets behauptet hatten. Aber an eine derartige politisch belehrende, geistig gesundende Wirkung des Waffenstillstandes war nicht zu denken, weil alle, die an der Vorbereitung und Ausführung des Umsturzes beteiligt waren, ihre Presse mißbrauchten, um die Wahrheit durch neue Täuschungen zu verschleiern. Es hieß, das „neue System“ sei der Erbe des zusammengebrochenen schuldbeladenen alten und müsse dessen unseligen Nachlaß bereinigen — was offenkundig der Wahrheit ins Gesicht schlug. Man suchte die Öffentlichkeit damit zu trösten, daß der Waffenstillstand nur von ganz kurzer Dauer sein werde, da ein rascher Friede in Aussicht stehe; übrigens werde Wilson sicher für Milderung der harten Bedingungen sorgen; auch werde die „Internationale“ sich rühren und niemals dulden, daß das deutsche Proletariat, das nun zur herrschenden Schicht geworden sei, von den „Militaristen und Chauvinisten“ der siegreichen „Bourgeois-Regierungen“ mißhandelt werde — schlimmstenfalls werde die herausziehende „Welt-Revolution“ dies verhindern. Schließlich wurde darauf verwiesen, daß der Friede die Hauptsache sei, und da müsse man sich auf Wilson verlassen, der doch seine Verheißungen nicht brechen könne, — man dürfe auch damit rechnen, daß weder die Engländer noch die Amerikaner, die doch als gute Kaufleute mit den Deutschen Geschäfte machen wollten, es dulden würden, daß etwa Frankreichs Haß das deutsche Reich zu schwer schädige, weil ja damit ihr zahlungsfähiger deutscher Kunde in seiner Kaufkraft gemindert werde.

Politisch Urteilsfähige hatten die Wahl, ob sie die Verbreiter solchen Trostes mehr als Toren oder als Betrüger betrachten wollten.

Die neuen Machthaber suchten die Gunst der Feinde zu erwerben, indem sie ihre Vorgänger der „Schuld am Kriege“ bezichtigten und wahllos amtliche Urkunden veröffentlichten, aus denen das sich ergeben sollte; dabei schreckten sie vor Fälschungen nicht zurück.

Schnell wurden auch all diese Trostbehauptungen durch die wirkliche Entwicklung Lügen gestraft. Der Vielverband dachte nicht an raschen Frieden, sondern hielt das deutsche Volk in den Schlingen des Waffenstillstandes, der mehrfach unter erschwerten Bedingungen verlängert wurde; er dachte nicht daran, die hungernden Deutschen durch Aufhebung der Blockade mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen. „Die Internationale“ bestand nur in den Köpfen volksvergessener Deutscher oder sozialistischer Juden, und von dem rettenden Ausbruch der „Welt-Revolution“ war nichts zu verspüren.

Als bald aber zeigten sich die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Niederlage. Es war noch nicht lange her, da hatte die Presse

der Mehrheitsparteien, als die Vertreter des deutschen Siegeswillens warnend auf die verheerenden Wirkungen eines Verzichtfriedens hingewiesen hatten, sie beschuldigt, durch solche „nationalistische Demagogie“ das Volk „annexionistisch, chauvinistisch“ aufstacheln zu wollen, um ihre kriegsverlängernden Pläne durchzusetzen. Nun war die Niederlage da und die schlimmsten Voraussagen wurden durch die grausame Wirklichkeit übertroffen.

Aber auch hierfür wurde das „alte System“ verantwortlich gemacht, und den Vertretern des Siegeswillens glaubte man den Mund damit zu schließen, daß man sie für den schlimmen Ausgang des Krieges verantwortlich machte, weil gerade sie durch ihr Treiben den rechtzeitigen günstigen Abschluß verhindert hätten. Schamlos wurde der Versuch unternommen, die früheren deutschen Regierungen, die verhaßte Oberste Heeresleitung und die Alldeutschen als an der langen Dauer des Krieges schuldig hinzustellen, indem sie die Friedensbereitschaft der Feinde zurückgewiesen hätten — gleichgültig, ob von den feindlichen Staatsleitern längst öffentlich erklärt worden war, daß sie in keinem Augenblick dem Frieden zuführende Schritte getan hätten. Auch hier die wahrheitswidrige Beschuldigung von Reichsbürgern zum Vorteil der Feinde!

Wie es die verlästerten Vertreter des deutschen Siegeswillens vorhergesehen hatten, wurde durch die Folge der Niederlage keine Schicht schwerer getroffen, als die mißleitete Arbeiterschaft, die — blind für ihren wahren Vorteil — alles getan hatte, um sie herbeizuführen. Das „werkstätige Volk“, wie es im Amtsstil des Umsturzes genannt wurde, verlangte jetzt von seinen Führern die Verwirklichung alles dessen, was ihm seit Jahrzehnten als Ziel und Inhalt des Sozialismus vorgetragen worden war. Es heischte drohend die Erfüllung des „sozialistischen Programms“, die Sozialisierung der Betriebe, die Selbstregierung des politisch reifen Volkes — kurz es bestand auf der Einlösung der Wechsel, die seine Führer ihm ausgestellt und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatten verlängern müssen. Jetzt war das Proletariat Herr auf deutschem Boden und wollte die Früchte seiner Herrschaft ernten.

Da war guter Rat teuer. So weit die neuen Machthaber sich nicht zu dem Wahnwitz bolschewistischer oder spartakistisch-kommunistischer Pläne bekannten, waren sie einsichtig genug zu erkennen, daß die wesentlichen Verheißungen des sozialistischen Zukunftsstaats unerfüllbar waren — sie hüteten sich, dies einzugestehen und begründeten die Nichterfüllung damit, daß das beseitigte „alte System“ eine zusammengebrochene Volkswirtschaft zurückgelassen habe, von der nur wenige Zweige „zur Sozialisierung reif“ seien. Damit gaben sich die begehrlich und herrschsüchtig gewordenen Massen nicht zufrieden, und so wurden, um sie bei Laune zu erhalten, gegen die bessere Überzeugung der nun aufgeklärten Machthaber, an

dem kranken deutschen Wirtschaftskörper „Sozialisierungs-Versuche“ unternommen, über deren Verderblichkeit kein Einsichtiger sich täuschen konnte.

Sobald die sozialistischen Wortführer, die bis dahin das leichte Geschäft der Volksredner getrieben hatten, zu Leitern des Staates geworden waren, zeigte sich, daß die Partei des sogenannten werktätigen Volkes über keinen einzigen politischen Kopf verfügte, daß sie zur Staatsleitung nicht nur unvorbereitet, sondern auch unfähig war. Um Reich und Bundesstaaten nicht ganz aus Rand und Band geraten zu lassen, was den Machthabern selbst zum Verderben gediehen wäre, kamen sie aus dem Triebe der Selbsterhaltung dazu, die Träger des bei jeder Gelegenheit gelästerten „alten Systems“, seine Beamten, im Dienste zu halten und mit Hilfe dieser Bureaukratie, die teils aus Pflichtgefühl, teils aus dem Zwange wirtschaftlicher Notwendigkeit, im Dienste blieb, brachten sie es fertig, notdürftig zu regieren; die Arbeitsteilung war dabei so, daß die vernünftigen, erhaltenden Maßnahmen von dem Beamtentum ausgingen, während die neuen Machthaber das Vorrecht hatten, Schaden zu stiften. Es ist unbestritten, daß das „neue System“ ohne die alte Beamtenschaft keine Woche lang Reich und Bundesstaaten hätte in Gang halten können.

Wo der Versuch gemacht wurde, vorübergehend durch die Vertreter des angeblich werktätigen Volkes zu regieren, kam es zu Zuständen, die bitterster Hohn auf den Staatsgedanken waren und die Stoff zu politischen Pöffen böten, wenn sie nicht gar zu traurig und unwürdig gewesen wären — schlimmer noch war es, wo Verbrecher und Narren sich die Macht anmaßten und eine schändliche Blutherrschaft ausübten. Braunschweig und München boten wochenlang den Anblick solcher Regierungskünste, Berlin, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Leipzig und andere Städte vorübergehend. Gewiß wollten die zur Macht gelangten Mehrheitssozialisten nach ihrer Art Ordnung halten — aber hatte das „werktätige Volk“ der Meuterer, Fahnenflüchtigen, Halbwüchsigen, Zuhälter und Zuchthäusler zu solchem Zwecke „Revolution gemacht“? War den Spartakisten und Bolschewisten mit einem Zustand gedient, bei dem das Proletariat nicht nach russischem Muster allein zu befehlen hatte?

Aus diesem Widerstreit der gesellschafts- und ordnungsfeindlichen Bestrebungen gegen die Absicht der neuen Machthaber, in ihrem Sinne Ordnung zu stiften, entsprangen an vielen Orten im Reiche Putsche; fortgesetzte Ausstände ließen das wirtschaftliche Leben nicht zur Ruhe kommen — kurz das Reich glich einem großen Tollhaus, in dem die vom politischen und sittlichen Verfall Besessenen ihr Unwesen trieben. Nur wo die neuen Machthaber sofort über hinreichende militärische Kräfte verfügten, vermochten sie den Aufruhr wider das „neue System“ niederzuschlagen — in den anderen Fällen mußten sie ihn toben lassen, bis die „Reichswehr“ eingreifen konnte.

In allen Einzelheiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erkannten die zu Staatsleitern gewordenen Führer der Massen, daß sie die Gefangenen ihrer eigenen politischen Vergangenheit und ihrer Gefolgschaft waren — nirgends aber mehr als in den Fragen der Macht nach innen und außen. Wie hatte man noch vor kurzem die Kreise, die an der uralten Lehre festhielten, daß Macht die Grundlage jedes Staatswesens sei, als Vertreter finstersten Rückschlusses verkehrt und ihnen gegenüber den Rechts- und Volksstaat in den Himmel erhoben! Und nun mußte man erkennen, daß auch diese gepriesene, angeblich höhere Staatsform — die nichts war als ein hohles Schlagwort — nicht ohne Macht auskommen könne; man war nun selbst Obrigkeit geworden und erlebte, daß eine solche nur dann nicht dem Glücke lächerlicher Hilflosigkeit verfällt, wenn sie ihrem Willen durch Machtausübung Nachdruck verschaffen kann. Da war es das Verhängnis, daß die neuen Staatsleiter das aus dem Selbe heimkehrende Heer zerstört und sich selbst der Unterstützung beraubt hatten, die es der Sache der Ordnung hätte bieten können.

\* \* \*

Nach den Waffenstillstandsbedingungen hatte das deutsche Heer Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen vom 11. November ab zu räumen, binnen weiterer 11 Tage mußten alle deutschen Truppen über den Rhein, jenseits der „neutralen Zone“, zurückgezogen sein.

Der harte Wille der Feinde hatte der Obersten Heeresleitung hier eine ebenso traurige wie schwere Aufgabe gestellt. Bis zum letzten Schusse am Mittag des 11. November hatte die Front ihre Pflicht getan — dann mußte schleunigst abgebaut werden; denn es war bedungen, daß alle Truppen und alles Heeresgut, die nach den stoffelweise bestimmten Zeitpunkten noch im Räumungsgebiet gefunden würden, in Kriegsgefangenschaft fallen oder zur Beute werden sollten. Da die pflichtvergessenen Etappen zum größten Teil versagten und die Fristen zu kurz waren, konnte das Heeresgut nicht annähernd geborgen werden; unermessliche Werte fielen in Feindeshand. Das Heer selbst jedoch wurde zurückgeführt — eine Leistung, die bewundernswert ist. Es war ein hartes Stück für die unbesiegten Truppen, in Märschen, die wegen der Kürze der Fristen nicht anders als fluchtartig sein konnten, in die Heimat zurückzukehren, von der sie die äußeren Schrecken des Krieges ferngehalten hatten. Daß der traurige Rückzug fast überall in Ordnung und Manneszucht ausgeführt wurde, zeigt, daß der gute Geist des deutschen Heeres noch nicht erstorben war — freilich, je mehr seine Angehörigen sich der „befreiten“ Heimat näherten, um so größer wurde die Gefahr der Ansteckung, des Auseinanderlaufens. Um so höhere Ehre gebührt jenen zahlreichen Truppenteilen,

die bis zu den ihnen bestimmten letzten Marschzielen, der Fahne getreu, beieinander blieben und mit einem Hurra auf den Kriegsherrn und das Vaterland entlassen wurden.

Wochenlange Märsche hatten sie im Winter durch das trostlose Vaterland auszuführen, dessen Verwahrlosung ihnen durch den Augenschein erst ganz klar wurde, und sie hielten Zucht und Ordnung. Auch bei ihnen hatte man Soldatenräte eingeführt, nachdem die Oberste Heeresleitung in unbegreiflicher Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Umsturzleute deren Bildung befohlen hatte. Selbst beim Großen Hauptquartier und den Armee-Oberkommandos bestand diese Einrichtung. Die von der Zersetzung unberührt gebliebenen Truppenteile lehnten es ab, solche heereswidrigen Vertretungen zu wählen — manche mußten erst dazu gezwungen werden und wählten dann ihre nächsten Vorgesetzten. Es kam nicht selten zu Zusammenstößen, wenn königstreue gebliebene Truppen mit den Umstürzlern aneinander gerieten oder sich über die Wahrzeichen des Umsturzes empörten.

Als nun der letzte Mann des heimkehrenden Heeres die Grenzen der „neutralen Zone“ überschritten hatte, entstand die Frage, ob und was die obersten Führer unternehmen würden, um die Heimat zu befrieden und zu retten. Alle Freunde der Ordnung hielten es für selbstverständlich, daß die vor dem Feinde bewährten Feldherren sich der Pflicht nicht entziehen würden, dem Vaterlande, dem sie die Feinde ferngehalten hatten, nun die so schändlich gestürzte Ordnung wiederzubringen; man dachte nicht anders, als daß sie einen festen Plan für dies Werk hätten und wußte, daß mindestens ein sehr großer Teil der Truppen bereit war, dabei mitzuwirken. Es ging die Rede durch das Land, der Yord werde sich finden, der dem deutschen Reiche seine Ruhe schaffe — und mancher Name aus der Zahl der Oberbefehlshaber wurde mit Hoffnungen hierfür genannt.

Aber der Yord fand sich nicht.

Die bewährtesten Feldherren waren nur Soldaten, gewohnt nach Befehlen noch höherer Stellen zu handeln, in politischen Dingen ratlos und nicht zu Entschlüssen zu bringen — was zu diesem Handwerk gehörte, hatten sie auf der Kriegsakademie „nicht gelernt“; kein oberster Kriegsherr war mehr vorhanden, der ihnen Befehle erteilen konnte, und dem Feldmarschall fehlten die Eigenschaften, die Soldaten wie Yord, Gneisenau, Roon zu Helden der politischen Tat gemacht hatten.

Es wird der weiteren Zukunft schwer verständlich sein, daß keiner der Generale, die vor dem Feinde Tatkraft und Mut bewiesen hatten, nun auch nur den Versuch machte, etwas für die innere Wiederherstellung des Vaterlandes zu wagen; sie wird hierin die schicksalsvolle Tatsache bestätigt finden, daß unter so vielen hervorragenden Feldherren kein politischer Soldat war — und den Kaisertreuen des lebenden Geschlechtes wird sie

die Enttäuschung nachfühlen, die ihnen dies politische Versagen der Generale bereitete.

\* \* \*

Auch die neuen Machthaber rechneten damit, daß einer oder der andere der Generale mit königstreuen Truppen etwas unternehmen werde, und sie zitterten insgeheim vor der „Gegenrevolution“. Um die Gefahr zu mindern, hatten sie angeordnet, daß die zurückgekehrten Truppen so rasch wie irgend möglich entlassen, ihre Truppenteile aufgelöst werden sollten. Aus blasser Angst vor der Gegenrevolution machte sich die neue Regierung selbst wehrlos gegen die Umsturzbestrebungen der staats- und gesellschaftsfeindlichen Gruppen. So konnte es geschehen, daß für längere oder kürzere Zeit die wichtigsten Städte in die Hände der Unabhängigen, Spartakisten und Bolschewisten gerieten und erst durch förmliche Straßenschlachten ihnen wieder abgerungen werden mußten. Um das ausführen zu können wurden „Freikorps“ aus Freiwilligen gebildet, die reine Soldtruppen waren; aus ihnen wurde später die Einrichtung der „Reichswehr“, die auch ein Söldnerheer ist. Sie ist das Werk des zum Reichswehrminister ernannten sozialdemokratischen Führers Noske, der im Reichstag und in der Presse das Seinige dazu getan hatte, das alte Heer herabzusetzen und aufzulösen, und der in Kiel dem Umsturz zum Siege verholten hatte. Nun wurde dieser geschworene Feind des „Militarismus“ gezwungen, um die Stellung, ja das Leben der neuen Machthaber vor dem Ansturm noch umstürzlerischerer Gruppen zu sichern, aus den Trümmern des kaiserlichen Heeres eine Truppe zu bilden, die mühsam die Ordnung aufrecht erhielt. Man hat das dem Reichswehrminister als besonderes Verdienst auch um die bürgerlichen Schichten angerechnet, aber dabei vergessen, daß sein Vorgehen dem Selbsterhaltungstrieb der neuen Gewalten entsprang.

Das war das Ende des preußisch-deutschen Heeres, das in einer unvergleichlich ruhmvollen Geschichte sich zum „Volk in Waffen“ entwickelt und im Weltkrieg die Höchstleistung zustande gebracht hatte, über 4 Jahre hindurch vielfache Übermacht unbesiegt abzuwehren. Das Werk der großen preußischen Kurfürsten und Könige und ihrer Kriegshelden war vernichtet. Um die innere Ordnung einigermaßen aufrecht erhalten zu können, kehrten die Machthaber des Umsturzes dahin zurück, wo der Große Kurfürst angefangen hatte, indem sie Soldtruppen bildeten — nach außen aber konnten diese schwachen Kräfte dem unglücklichen Vaterlande keinen Schutz gewähren: das noch anfangs November verteidigungsfähige deutsche Reich lag ohnmächtig und wehrlos vor seinen Feinden.

\* \* \*

Daß der Vertrag vom 11. November 1918 kein Waffenstillstand sondern Waffenstreckung war, ist schon gesagt — ihn trotzdem als solchen hinzustellen und der Öffentlichkeit vorzugaukeln, daß der Friede Besseres bringen werde, als dieser Vertrag erwarten lasse, war eine der zahllosen Wahrheitswidrigkeiten des „neuen Systems“. Die durch den deutschen Zusammenbruch und Umsturz zu Siegern gewordenen Feinde wollten zuerst an das ihnen zugefallene Glück nicht recht glauben, so unerwartet kam es ihnen, zumal in solchem Umfang. Aber sie fanden sich schnell in ihre Rolle und behandelten das zertretene deutsche Reich mit dem Übermut und der Grausamkeit, die jeder deutsche Kenner ihrer Geschichte erwartet hatte, falls sein Vaterland unterliege.

Noch im November nahmen die Franzosen das Reichsland in Besitz; sie wurden von den Welshgesinnten jubelnd begrüßt und erklärten, — dem berühmten Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwider — daß Elsaß und Lothringen ohne weiteres zu Frankreich gehörten, an das sie, vom preußischen Joch befreit, einfach zurückfielen. Schändlich war, was die welschen Parteigänger und das Gesindel dort an deutschgesinnten Alteingesessenen und Altdeutschen verbrachten — schmachvoll, wie die Wahrzeichen der deutschen Zugehörigkeit des Landes zerstört und entehrt wurden. Die neue Herrlichkeit im Reichslande nahm schnell ein Ende, als die Franzosen auch die alteingesessene Bevölkerung als Unterworfenen behandelten. Der Gegensatz zwischen ihr und den neuen Herren spitzte sich schärfer zu, als der zwischen Elsaß-Lothringen und der deutschen Regierung. Es ist ein schlechter Trost, diese Entwicklung zu beobachten — aber etwas wie Strafe liegt in ihr sowohl für die widerborstigen reichsfeindlichen Alemannen und Franken des Reichslandes wie für die Franzosen.

Anfang Dezember erschienen die Feinde am Rhein: Franzosen, Amerikaner, Engländer und Belgier teilten sich in die Besetzung des linksrheinischen Reichsgebietes, das sie wie erobertes Land behandelten. So mancher Bürger und Bauer, vor allem aber die Arbeiterschaft, die vor kurzem noch, nur um den Krieg beendet zu sehen, auch die Feinde im Lande als erträglich angesehen hatten, wurden nun belehrt, was es heißt, solchen Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Eine besondere Schmach und Kulturschande bedeutet die massenhafte Verwendung schwarzer und gelber Truppen; der Auswurf Asiens und Afrikas hielt am Rhein die Wacht für seine weißen Herren. Wo aber Beschwerden gegen die Gewalt-herrschaft vorgebracht wurden, verwiesen diese auf das, was deutsche Truppen in Frankreich und Belgien getan hätten — außer acht lassend, daß dies im Krieg und im Zusammenhang mit Kampfhandlungen geschehen war, wogegen die Rheinlande ihnen auf Grund eines Vertrages überlassen worden waren.

Die erste Forderung der Sieger ging dahin, daß eine für sie verhand-

lungsfähige Regierung und eine den Friedenswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringende Volksvertretung geschaffen werde; sie erklärten dabei, sie würden eine Räteregierung nach russischem Muster nicht anerkennen.

In Berlin trennten sich in den letzten Dezembertagen 1918 die Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten, die den Rat der „Volksbeauftragten“ nun allein aus ihren Reihen besetzten; unter ihnen wirkte ein Kabinett von Sachministern, die zum Teil aus den Mehrheitsparteien, zum Teil aus der alten Beamtenschaft entnommen waren. Entsprechend ihrem Bekenntnis zur sog. Demokratie schrieb die Regierung Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung aus; sie wurden am 19. Januar 1919 vorgenommen; ihr Ergebnis wird später zu erörtern sein. Hier ist festzustellen, daß die Nationalversammlung sofort nach ihrem Zusammentreten eine Notverfassung beschloß, der zufolge die oberste Leitung der Reichsgeschäfte von einem Reichspräsidenten als Reichsoberhaupt und von einem Ministerium als ausübender Behörde besorgt werden sollte; die Souveränität des Volkes wurde durch die Nationalversammlung verkörpert. Zum ersten vorläufigen Präsidenten wurde der Mehrheitssozialist Ebert gewählt, dem Prinz Max am 9. November das Reichskanzleramt übertragen hatte; er berief ein Reichsministerium, zu dessen Vorsitzenden er seinen Parteigenossen Scheidemann ernannte.

So war dem Willen des Vielverbandes genügt; das neue deutsche Reich hatte ein Staatsoberhaupt, eine Regierung und eine Volksvertretung. Gleichwohl beeilten die Feinde sich nicht, die Friedensbedingungen vorzulegen; es war so, als weideten sie sich an der deutschen Ungewißheit — das Werk, das sie als Friedensvertrag von ihren Staatsmännern ausarbeiten ließen, brauchte freilich Zeit, um die zum System erhobene politische Zerstörungswut und Grausamkeit bis in die kleinsten Einzelheiten in Bestimmungen zu fassen.

Bis der Vertragsinhalt bekannt wurde, suchte sich die deutsche Öffentlichkeit mit den bekannten Hoffnungen und Erwartungen zu trösten — um so furchtbarer war das Erwachen, als der Vielverband endlich sein Werk vorlegte. Zur Entgegennahme der Bedingungen war die deutsche Abordnung nach Versailles vorgeladen; nachdem man sie dort ungebührlich hatte warten lassen, übergab der französische Ministerpräsident Clemenceau als Vorsitzender der feindlichen „Friedenskommission“ der deutschen Abordnung am 7. Mai die Vertragsurkunde. Um den Besiegten zu demütigen, um den französischen Rachedurst zu befriedigen und um den siegreichen Völkern ein Schauspiel zu bieten, war im selben Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles, in dem am 18. Januar 1871 Wilhelm der Erste zum deutschen Kaiser ausgerufen worden war, eine feierliche Sitzung der staatsmännischen Vertreter des Vielverbandes und seiner

Heerführer veranstaltet worden. Vor ihr erschien die deutsche Abordnung, der Zusammensetzung nach so recht ein Bild des zusammengebrochenen Deutschland: unter der Führung eines jener „neuzeitlich“ tuenden Adligen aus ältestem Hause, die ihrer Überlieferung untreu geworden sind und den inneren Halt verloren haben, waren Vertreter der Mehrheitsparteien und ein Beraterstab, der hauptsächlich ihren Kreisen entnommen war, nach Versailles gegangen, um das „Friedenswert“ zustande zu bringen — eine Gesellschaft politisch Gescheiterter, durch die Entwicklung Widerlegter. Kein Angehöriger des von den Krankheiten der Zeit unberührt gebliebenen stolzen deutschen Adels unter ihnen, keiner der königlichen Kaufleute, kein Vertreter völkischer Weltanschauung und Staatskunst — abgesehen von ein paar tüchtigen Beamten, die pflichtmäßig diese Reise mitmachen mußten, und einigen der deutschen „Industriekapitäne“, die als Sachverständige mitgenommen waren, aber kaum gehört wurden, kein Mann unter ihnen, den die Geschichte als Träger deutschen Sinnes und Wollens anerkennen wird, der den Feinden Achtung eingeflößt hätte.

Was die Kenner der feindlichen Völker für den Fall des Sieges der Verbandsmächte vorhergesagt hatten, daß Friedensverhandlungen überhaupt nicht stattfinden würden, sondern daß das zusammengebrochene deutsche Reich den fertigen Vertrag auf Ja oder Nein vorgelegt bekommen werde, kündigte sich durch manche Mitteilung der feindlichen Presse an. Die Unbelehrbaren auf deutschem Boden wollten es aber nicht glauben; ihr Göze Wilson konnte doch seine erhabenen Grundsätze nicht verleugnen, noch weniger durfte — nach dieser Meinung — sein Land, das schließlich doch beim Obsiegen des Vielverbandes den Ausschlag gegeben hatte, dulden, daß sein Oberhaupt vor aller Welt Lügen gestraft werde. Diese Harmlosen klammerten sich an die „14 Punkte“, die bei den Verhandlungen des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage des Friedens anerkannt worden seien; an die seien auch die Feinde gebunden und dürften nichts verlangen, was mit den „14 Punkten“ im Widerspruch stehe. In ihrer politischen Weltfremdheit behandelten sie diese Frage nach der Art eines privatrechtlichen Streitfalles — daß hier eine Machtfrage war, und daß die Feinde dem ohnmächtigen deutschen Reiche gegenüber aus dieser Lage jeden nur möglichen Vorteil ziehen würden, wollte ihnen nicht in den Kopf. Fest steht, daß der Führer der deutschen Abordnung Graf Brockdorff-Rantzau an den guten Willen Wilsons glaubte und überzeugt war, er werde ihn zu gunsten des deutschen Volkes umstimmen können, wenn er nur mit ihm erst am Verhandlungstische säße — kein Wunder, wenn auch die untergeordneten Mitglieder der Abordnung mit guten Hoffnungen nach Versailles gereist waren. Ihnen allen und dem politisch unbelehrten Teile des deutschen Volkes — also seiner großen Mehrheit —

wurde eine furchtbare Enttäuschung bereitet. Die feindliche „Friedenskommission“ legte einen Vertrag vor, den die deutsche Regierung nur annehmen oder ablehnen konnte, bei dem wirkliche Verhandlungen aber nicht zugelassen wurden. Und welche Urkunde hatte sie ausgearbeitet! In einem dickleibigen Werke von 440 Artikeln, von denen viele wieder zahlreiche Unterabschnitte enthielten, war bestimmt, was alles dem deutschen Reiche auferlegt wurde, um es zur dauernden politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht zu verurteilen — aber nicht nur das: es waren auch Vorschriften aufgestellt, die den wilden, ja fränkhaften Haß eines Teiles der Sieger enthüllten. Die Vertreter einer auf den deutschen Sieg ausgehenden Kriegspolitik sahen auch diesmal ihre Vorhersagen bewahrheitet — die anderen aber standen in starrem Staunen: ihr Wilson hatte sie im Stiche gelassen, von Völkerverbrüderung war in diesem Vertrage so gar nichts zu entdecken, ja die Sieger schlossen das deutsche Reich sogar vom Völkerbunde aus. Leidenschaftliche Anklagen wurden gegen die Leiter des Vierverbandes erhoben; die Mehrheitspresse beschuldigte sie des Betruges. Durch die Vor Spiegelung der „14 Punkte“ hätte man das deutsche Volk dahin gebracht, die Waffen niederzulegen — und was dergleichen einer unmöglichen privatrechtlichen Auffassung machtpolitischen Fragen entstammende Vorwürfe waren. In besonderer Tagung trat die Nationalversammlung am 12. Mai in Berlin zusammen: unter stürmischer Zustimmung erklärte der Ministerpräsident Scheidemann diesen Vertrag für unannehmbar und rief aus: „Die Hand solle verdorren, die solch eine Urkunde unterschreibe.“ Die Führer der Parteien gaben gleichlautende Erklärungen ab — die bundesstaatlichen Regierungen und Volksvertretungen legten der Reihe nach feierliche Verwahrung gegen diesen Frieden ein — zahllose Volksversammlungen im ganzen Lande schlossen sich diesem Verfahren an, und es schien zweifellos, daß — abgesehen von den jüdisch geführten unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten — das ganze deutsche Volk, Regierungen und Regierte, darin einig waren, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe. Und doch war dies, soweit die Reichsregierung in Betracht kam, Spiegelfechtereie; sie war von vornherein zur Annahme entschlossen und gebrauchte so starke Worte nur, um den Unwillen des vielleicht zur Selbstbesinnung gelangenden Volkes von sich und ihren Parteien abzulenken. In den Parteien freilich glaubten die kleinen Leute im Ernste, der Vierverband lasse sich durch die deutschen Entrüstungskundgebungen beeinflussen. Wie wenig das der Fall war, zeigte der Fortgang der „Verhandlungen“, die in einseitigem Bitten der deutschen Vertreter, in steter Ablehnung der Feinde bestanden. Präsident Wilson ließ sich nicht dazu herbei, sich mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau an den Beratungstisch zu setzen; dieser mußte seinen Kampf in diplomatischen Noten führen. Mit unermüdlichem Eifer reichte

er solche ein, und fast immer erfuhren sie höhnische Abweisung. Dies für das deutsche Volk grausame Spiel ging bis tief in den Juni 1919; dann stellte der Vielverband, der nur in geringfügigen Dingen Zugeständnisse gemacht hat, die Forderung, bis zum 23. Juni sei die Annahme zu erklären, widrigenfalls der Waffenstillstand als beendet angesehen und der Krieg wieder aufgenommen werden sollte.

Nun hieß es für die Regierung und die Nationalversammlung Farbe bekennen.

Für das deutsche Reich stand die Frage so: Militärischer Widerstand konnte im Westen nicht geleistet werden, weil die neuen Machthaber das aus dem Felde heimgekehrte Heer aus Furcht vor der „Gegenrevolution“ aufgelöst hatten. Wie es im Osten stand, wird später zusammengefaßt berichtet. Hilflos lag das deutsche Reich in selbstverschuldeter Ohnmacht vor den Gewaltherrschern von Versailles — und doch durfte es sich diesem Vertrag nicht fügen. Es war eine Frage völkischer Ehre, ihn ohne Rücksicht auf die Folgen abzulehnen. Dies galt von den zahllosen unerfüllbaren wirtschaftlichen Bedingungen, die kein ehrenwerter Mann, im Bewußtsein ihrer Unerfüllbarkeit, unterschreiben durfte. Es galt in viel höherem Maße von den Bestimmungen, die unmittelbar und nach dem Willen der Feinde mit Absicht an die deutsche Ehre rührten: Das deutsche Reich sollte die Schuld seiner früheren Regierung am Kriege anerkennen, Kaiser Wilhelm den Zweiten einem Verbandsgerichtshofe zur Aburteilung preisgeben und alle Heerführer, Offiziere und sonstige Personen, die vom Verbande völkerrechtswidriger Kriegshandlungen beschuldigt würden, ihren Gerichten ausliefern. Jede dieser Forderungen war darauf berechnet, das deutsche Ehrgefühl endgültig zu vernichten und das deutsche Volk, wenn es sich ihnen füge, vor aller Welt als ehrlos bloßzustellen. Eine Schuld anerkennen, die kein Deutscher hatte — den Kaiser ausliefern, der der Vertreter der Volksgesamtheit war und bei Kriegsbeginn ihre begeisterte Zustimmung gefunden hatte — die Helden zu Wasser und zu Lande verraten, wobei die Feinde besonders an die kühnen Befehlshaber der Unterseeboote dachten — das war unmöglich. Die völkischen Kreise waren sich aller Folgen bewußt, die die Ablehnung des Vertrages haben konnte und verlangten sie trotzdem, weil sie wenigstens die deutsche Ehre aus dem Fall ihres Vaterlandes retten wollten. Sie rechneten auch, daß die Besetzung weiterer Teile des deutschen Reiches deren noch unbelehrteter Bevölkerung die Bekanntschaft mit den Feinden und ihrer Art, auf deutschem Boden Ordnung zu halten, vermitteln und sie durch die daraus zu gewinnenden Erfahrungen wieder zur völkischen Gesinnung, zur geläuterten Vaterlandsliebe, zurückführen werde.

Als die Dinge durch die Drohung der Verbandsmächte zur Entscheidung getrieben wurden, erlebte das deutsche Volk einen neuen inneren Zusammenbruch. In widerlichem Ränkespiel der Führer der Mehrheitsparteien wurde in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Annahme des Vertrages gesichert; einige der Minister, unter ihnen der Präsident Scheidemann, wahrten den Schein und schieden aus ihren Ämtern; dasselbe hatte der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau schon vorher getan, als er seine Politik durch seinen Amtsgenossen Erzberger durchkreuzt sah.

Am 22. Juni sprach dieselbe Nationalversammlung, die am 12. Mai ihr „Nie“ verkündet hatte, durch Beschluß ihr Einverständnis mit der Unterzeichnung des Friedens aus, wobei die Urheber dieser Entschliebung den ursprünglichen Vertrauensantrag in eine Kundgebung für die bedingungslose Annahme des Vertrages von Versailles umfälschten. Damit war entschieden, daß Regierung und Nationalversammlung sich der feindlichen Forderung nach bedingungsloser Unterzeichnung unterwarfen. Die Verbandsmächte luden die deutschen Bevollmächtigten zur feierlichen Unterzeichnung vor und bestimmten hierzu den 28. Juni.

Es hielt nach dem Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau schwer, die Bevollmächtigten zu finden, die ihren Namen unter die Urkunde deutscher Schande zu setzen bereit waren; schließlich verstanden sich je ein Vertreter der Regierungssozialisten und des Zentrums zu diesem Geschäft: als sie am vorgeschriebenen Tage in Versailles den Vertrag vollzogen — genau fünf Jahre nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand — legten sie gleichzeitig sinnbildlich die Schuld ihrer Parteien an diesem furchterlichen Ausgang fest.

\* \* \*

Was der sog. Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Reiche und Volke auferlegt, kann hier im einzelnen nicht aufgezählt werden; nur die wesentlichen Bestimmungen seien mitgeteilt.

An Frankreich mußte Elsaß-Lothringen abgetreten werden; an den wieder geschaffenen Polenstaat aus den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen ohne weiteres ein Gebiet von nahezu 42000 qkm; hinsichtlich weiterer rund 26000 qkm, die dem östlichen Westpreußen, dem südlichen Ostpreußen und Oberschlesien zugehören, soll das Ergebnis einer Volksabstimmung maßgebend sein, die unter Aufsicht der Verbandsmächte vorgenommen werden soll. Die Stadt Memel und ihre Umgebung mit 2500 qkm soll ein selbständiges Gemeinwesen oder zu Litauen geschlagen werden; die Stadt Danzig mit Umgebung (rund 2000 qkm) bildet „unter dem Schutze des Völkerbundes“ einen Freistaat, um den Polen den Zugang zum Meere zu verschaffen. Das Saarbecken wird auf 15 Jahre an Frankreich überlassen; nach deren Ablauf

soll die Bevölkerung entscheiden, ob sie beim Reiche verbleiben will. An Belgien fällt der Bezirk von Malmédy (gegen 1000 qkm), an Dänemark die nördlichen Kreise Schleswigs — zum Teil nach Volksabstimmungen. Alles in allem verliert das Reich sofort und bestimmt rund 65 000 qkm mit gegen  $3\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern — für rund 34 700 qkm mit gegen 2 Millionen Einwohnern ist das Schicksal von der Abstimmung der Bevölkerung abhängig gemacht, auf deren Ausfall die Verbandsmächte maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen. Kennzeichnend für die Gesinnung der Verbandsmächte, die heuchlerisch behaupten, die erhabenen Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit zu verwirklichen, ist der Raub uralter deutscher Städte und Gebiete mit überwiegender und unbezweifelnder deutscher Bevölkerung, wie Danzig, Thorn, Graudenz und des ganzen Reichslandes — ohne Rücksicht auf das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker werden sie vom Reiche losgerissen. Welche Absicht der Vielverband mit dem Landraub im Osten verfolgt, zeigt ein Blick auf die Karte: er will, das letzte Ziel der Slawen verwirklichend, eine Reihe slawischer Staatswesen von Triest bis Danzig, von der Adria bis zur Ostsee, um das deutsche Sprachgebiet legen, um diese Urfeinde des deutschen Volkes stets gegen das deutsche Reich loslassen zu können und um es von Rußland zu trennen, damit der politische und wirtschaftliche Verkehr mit diesem Staate nach seiner etwaigen Wiederherstellung unterbunden oder erschwert wird.

Wirtschaftlich bedeutet der Verlust der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten eine ernste Bedrohung der Volksernährung; in Elsaß-Lothringen gehen die Erz- und Kaligebiete, im Saarbecken die Kohlengruben verloren; falls Oberschlesien durch Volksabstimmung an Polen fällt, würde dieser Verlust so gesteigert, daß die Kohlenversorgung der ostelbischen Gebiete mit ihren Großstädten in Frage gestellt wäre. Der deutschen Industrie erschwert der Raub der Kohlen- und Erzgebiete die Möglichkeit des Fortbestehens in kaum zu überwindender Weise und gefährdet damit das Dasein für Millionen der bisher von ihr beschäftigten Arbeiter. Machtpolitisch wird das deutsche Reich zu einem Kleinstaat herabgedrückt, indem es vom 31. März 1920 ab nur ein Heer von 100 000 Köpfen, einschließlich der (4000) Offiziere, gegliedert in 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen, halten darf, wobei der ruhmreiche Generalstab aufgelöst wird; außerdem ist durch Ablieferung von Gewehren, Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen usw. die Entwaffnung des Reiches ausbedungen. Der zugestandene Heeresbestand wird nicht einmal zur Sicherung der inneren Ruhe ausreichen. Die Flotte wird auf 6 Linienschiffe, 6 kleine Kreuzer und je 12 große und kleine Torpedoboote begrenzt. Für die Linienschiffe ist eine derart geringe Größe festgesetzt, daß sie als Gegner in der Schlacht überhaupt nicht ernstlich in Frage kommen. Alle anderen vorhandenen

Kriegsschiffe gehen in den Besitz der Feinde über. Hier hat der Befehlshaber der in England „internierten“ Kriegsschiffe, Konteradmiral von Reuter, das deutsche Vaterland vor äußerster Schmach bewahrt, indem er sie am 22. Mai bei Scapa Flow unter Berufung auf den allgemeinen Befehl des obersten Kriegsherrn, kein Schiff in feindliche Hand fallen zu lassen, versenkte — ein erschütterndes Ende der stolzen Flotte, die Großadmiral von Tirpitz dem deutschen Volke geschaffen hatte und die Kaiser Wilhelm II. unter dem Einfluß schlechter Berater, vor allem Bethmann Hollwegs, nicht ihren Daseinszweck durch den Kampf gegen England hatte erfüllen lassen. Untergehend stellte sie durch das Verdienst ihres Führers die Ehre der deutschen Kriegsflagge wieder her.

Die deutsche Handelsflotte, die vor dem Kriege die uns bekannten gewaltigen Fortschritte gemacht hatte, mußte zur Gutmachung der durch den Unterseebootkrieg den Feinden zugefügten Schäden alle Fahrzeuge bis auf einen Bestand von etwa 2250 Schiffen mit rund 500 000 Register-Tonnen abliefern; sie behält knapp den 33. Teil ihres Umfanges im Jahre 1914, und zwar nur kleinste Fahrzeuge, die meisten unter 1000 Tonnen, wenige darüber bis zu 1600 Tonnen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die überseeische deutsche Handelschiffahrt vernichtet ist und daß es dem Unternehmungsgeist ihrer Führer überlassen bleibt, von vorne anzufangen.

Das deutsche Reich mußte seine sämtlichen Kolonien an die Verbandsmächte abtreten, die darüber verfügen werden; es ist von den französischen Sklavenhaltern und den englischen Schlächtern in Indien und Ägypten nicht würdig befunden worden, farbige Bevölkerung in seiner Obhut zu behalten!

Die Rheinprovinz, Rheinhessen, die Rheinpfalz und die Brudentöpfe bleiben bis zu 15 Jahren besetzt — am längsten die von den Franzosen besetzten Gebiete; die Kosten trägt das deutsche Reich. Es hat auch für die Kosten der Wiedergutmachung im belgischen und französischen Kriegsgebiete aufzukommen, deren Höhe im Friedensvertrag nicht festgesetzt ist, sondern späterer Bestimmung durch den „hohen Rat der Verbündeten“ vorbehalten bleibt, so daß die darin liegende fürchterliche Bedrohung des Reichsgeldwesens jeden wirtschaftlichen Aufbau unmöglich macht und dem Ausland jedes Vertrauen auf die wirtschaftliche Erholung des deutschen Reiches in absehbarer Zeit nimmt. Allein schon die Unterwerfung des Vaterlandes unter diese vernichtende Unsicherheit war ein politisches Verbrechen.

Eine Fülle militärischer, wirtschaftlicher, fachlicher Ausschüsse überwacht die Ausführung der Vertragsbestimmungen; japanische Offiziere z. B. wirken bei der Grenzfestsetzung gegen Polen mit. Die großen deutschen Wasserstraßen werden Behörden unterstellt, in denen das deutsche Reich

in der Minderheit ist. Dies ist eine eigenartige Abwandlung des Gedankens der „Internationalen“, von dem die Sozialdemokraten fabelten, und des „internationalen Gedankens“, von dem die anderen Volksvergessenen schwärmten: ihr Vaterland, das ihnen nicht gut genug war, ist gründlich „internationalisiert“, seitdem es den feindlichen Überwachungsstellen ausgeliefert wurde. Die Bestimmungen der Reichsverfassung gelten nur, soweit sie nicht mit dem Vertrag von Versailles in Widerspruch stehen — auch darf das Reich nichts tun und dulden, was eine Umgehung seiner Rüstungsbeschränkungen bedeuten würde. Es hat seine Schuld am Kriege anerkannt, gibt den Kaiser dem feindlichen Gerichte preis und verpflichtet sich, jeden Heerführer, Offizier oder sonstige Personen, gegen die eine der Verbandsmächte wegen Verletzung der Kriegsgebräuche Anklage erhebt, zum Zwecke der Aburteilung auszuliefern.

Dies ist, aufs Äußerste zusammengepreßt, der wesentliche Inhalt des Vertrages von Versailles, soweit er das deutsche Reich betrifft; in ihm sind ungezählte Fußangeln gelegt, so daß Tag für Tag die Gefahr einer Vertragsverletzung besteht — ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen infolge der Leistungsunfähigkeit des deutschen Volkes unmöglich eingehalten werden können. So werden jeden Augenblick von den Siegern Fälle der Vertragsverletzung behauptet und begründet werden können, die ihnen Anlaß zu neuen Erpressungen und Schädigungen bieten.

Bei Lichte betrachtet, hat das deutsche Reich seit dem 11. November 1918, bestätigt durch den Vertrag von Versailles, seine Selbstherrlichkeit (Souveränität) verloren und ist unter die politische, wirtschaftliche und rechtliche Vormundschaft der Verbandsmächte gestellt worden. In welchem Umfang dies der Fall, bewies noch im September 1919 die Forderung „des hohen Rates der Verbündeten“, den Artikel 61 der neuen Reichsverfassung zu beseitigen, in dem für den Fall der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Reiche Bestimmung getroffen wird, während diese Vereinigung durch den Friedensvertrag ausdrücklich verboten ist! Hier feierte die Lüge vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren größten Sieg. Obwohl die Deutschen des Reiches und Deutsch-Österreichs das leidenschaftliche Verlangen bekundet haben, sich zu vereinigen, verbot der Vielverband, der zum Nachteil des deutschen Volkes jedem kleinsten Volkssplitter sonst das Recht des Eigendaseins zubilligt, diese staatliche Zusammenfassung des mitteleuropäischen Deutschtums und betrog es damit um den einzigen Trost und Vorteil, den der furchtbare Zusammenbruch der Mittelmächte ihm hätte bringen können.

Bevor wir den Versailler Vertrag verlassen, seien aus der Zeit der

sog. „Friedensverhandlungen“ noch drei Tatsachen festgestellt, die in Erinnerung behalten werden müssen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hatte in der ersten feierlichen Sitzung der „Friedenskonferenz“ die Schuld des deutschen Reiches am Kriege, der geschichtlichen Wahrheit zuwider, teilweise zugestanden.

Sein Amtsgenosse Erzberger, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, hatte, während Graf Brockdorff-Rantzau sich in seiner — freilich aussichtslosen — Weise bemühte, günstigere Bedingungen zu erlangen, durch seine Preßverbindungen im Auslande verlauten lassen, daß das deutsche Reich den Vertrag auch ohne Milderungen annehmen werde.

Die unabhängigen Sozialisten und ihre Presse haben unter Androhung von Ausständen die unbedingte Annahme des Vertrages gefordert.

So war der oberste Bevollmächtigte des deutschen Reiches in Versailles der Gefangene seiner eigenen Erklärung, der Machenschaften Erzbergers und des fortgesetzten Verrates der Unabhängigen.

Dies war das Ende der äußeren Politik des deutschen Reiches, die am 20. März 1890 eingeleitet wurde.

\* \* \*

Bevor die Entwicklung auf dem Gebiete der inneren Politik geschildert wird, sei noch eine Angelegenheit behandelt, die beiden gemeinsam war: die Polenfrage, d. h. in den Zusammenhängen, die der Umsturz geschaffen hatte, die Frage, was aus den Landesteilen Preußens werden sollte, die von den Polen als polnische in Anspruch genommen wurden. Nach dem verderblichen Leitwort des Burgfriedens: „Ich kenne keine Parteien mehr“ hatte die preußische Regierung über alles hinweggesehen, was die Polen staatsfeindliches während des Krieges getan hatten; im Reichstag gehörten ihre Abgeordneten zur Verzichtmehrheit, ihr Obmann saß im Ältestenausschuß und ihre Vertreter wurden bei den vertraulichen Beratungen des Reichskanzlers oder seiner Beauftragten mit den Parteiführern zugezogen — eine Harmlosigkeit, die übrigens auch gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie geübt wurde; denn Staatsfeinde zu erkennen und entsprechend zu behandeln, war nicht die Sache einer Staatsleitung, die nach den unhaltbaren Begriffen des Burgfriedens verfuhr. So war auch ein Pole zugegen, als Anfang Oktober 1918 der Abgesandte der Obersten Heeresleitung seine geheimen Mitteilungen über die militärische Lage und die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen machte; man kann sich denken, mit welchen Gefühlen dieser „deutsche“ Volksvertreter die Nachrichten über die Not des deutschen Reiches entgegen genommen hatte.

Als dann der Umsturz kam, brach in Posen das Ansehen des Staates und die Machtstellung des Deutschtums im Nu zusammen, da auch dort sowohl der oberste militärische wie der politische Vertreter des Staates bis zur Kopflosigkeit versagten. Die Polen benutzten die sozialistische Bewegung, um die bestehende Ordnung zu beseitigen und damit etwaigen militärischen Widerstand gegen ihre national-politischen Pläne unmöglich zu machen; sobald dies durch die völkische Gleichgültigkeit der sozialistischen Staatsverderber gelungen war, traten sie mit ihren nationalen Ansprüchen auf und setzten sie widerstandslos durch. Sie hatten dabei das besondere Glück, daß die Berliner „Volksbeauftragten“ die Prüfung und Bearbeitung der deutschen Ostfragen Leuten in die Hand legten, die bis zum Irrsinn oder Verrat ungeeignet waren. Einer dieser Zerstörer des von allen großen Männern seit dem alten Fritz bis zu Bismarck geschaffenen Werkes entschied, daß — entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — die Polen Anspruch hätten auf alle Landesteile, die bis zu 41% polnisch besiedelt seien: also dieser preußische Staatsbeauftragte bestimmte, der Deutschen im Osten ungefragt, daß eine polnische Minderheit von vier Zehnteln eine deutsche Mehrheit von sechs Zehnteln vergewaltigen dürfe. Als sich hiergegen in allen gemischtsprachigen Provinzen Preußens leidenschaftlicher Widerstand der Deutschen erhob, und als im ganzen deutschen Reich der Einspruch gegen die Preisgabe des Ostens laut und der Hinweis auf die Bedeutung dieser landwirtschaftlichen Überschußgebiete für die deutsche Volksernährung wirksam wurde, da besann man sich in Berlin eines besseren und suchte zu retten, was zu retten war.

Zu dem Plane des Vielverbandes, das deutsche Reich dauernd ohnmächtig zu machen, ihm todfeindlich gesinnte Staaten vor die zurückgedrängten Grenzen zu legen, die jederzeit militärisch gegen es losgelassen werden könnten, es außerdem dadurch wirtschaftlich von dem Riesengebiet eines wieder befriedeten Rußland abzuschneiden, gehörte die Herstellung eines möglichst großen polnischen Staates, und es war sicher, daß die mit der Geschichte im Widerspruch stehenden Wünsche der Polen freundliches Gehör bei den feindlichen Staatsmännern finden würden. Nach der Behauptung der Polen ist von Rechts wegen ganz Ost- und Westpreußen, ganz Posen, Teile von Pommern und der Mark, der größere Teil Schlesiens altpolnisches Land — man konnte also erwarten, daß Preußen im Osten schwerste Opfer bringen müsse, nachdem es durch den Zusammenbruch und Umsturz im Reich wehrlos geworden war. Diese Gefahr rief die Deutschen der Ostmark zur Abwehr. Die bisherige Behandlung der Ostfragen durch die neuen Machthaber schrie so laut zum Himmel, daß eine Umkehr erfolgen mußte. Inzwischen waren aus Ost und West die Truppen aus dem Felde zurückgeführt; sie auf einmal zu entlassen, sollte im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit vermieden werden —

andererseits hatte der Vielverband eine „Demarkationslinie“ zwischen Polen und Preußen bestimmt, die ankündigte, wohin seine Zerstückerungsabsichten gingen, und das größtenwahnsinnige Polentum hielt sich hieran nicht einmal gebunden, sondern ließ durch seine Truppen, unter denen sich auch gepreßte Deutsche befanden, Vorstöße über die vorläufige Grenze vornehmen. So entstand infolge des ersehnten Friedens im Westen ein neuer Kriegsschauplatz im Osten, und die neue Reichsregierung entschloß sich, die „Demarkationslinie“ militärisch zu sichern, indem sie hinter ihr eine neue Front aufbaute. Nach und nach wurde dort ein Heer von über 300 000 Mann aufgestellt, das mit allem versehen war, was zu einem erfolgreichen Kriege gegen die Polen gebraucht worden wäre. Bewährteste Generale führten über die drei Heeresgruppen den Befehl; die oberste Leitung lag in der Hand des Feldmarschalls von Hindenburg, der seinen Sitz nach Kolberg verlegt hatte. Es steht fest, daß maßgebende Mitglieder der Regierung unöffentlich die Absicht ankündigten, im Osten den deutschen Besitzstand zu wahren, soweit nicht unbedingt polnische Mehrheiten vorhanden wären; es steht fest, daß sie andeuteten, es auf den Kampf mit den Polen ankommen lassen zu wollen; es steht fest, daß die Truppen in diesem Sinne beeinflusst wurden und zum Losschlagen drängten; es steht endlich fest, daß die Führer durchweg überzeugt waren, das sog. polnische Heer nur so vor sich hinzutreiben und den Feldzug zur Wiederherstellung der deutschen Ehre siegreich führen zu können. Welche Rückwirkung ein derartiges Vorgehen auf die gesamte Stimmung und die Entwicklung im Reich haben konnte, lag auf der Hand — kein Zweifel also, daß alle, die den Umsturz fort dauern lassen wollten, geschworene Feinde dieser Pläne waren.

Klar war von vornherein, daß der Vielverband einen Angriff auf Polen nicht dulden würde; da die Polen jedoch fortgesetzt herausfordernde Unternehmungen wagten, handelten die Deutschen in der Verteidigung — aber auch ein allgemeiner Vormarsch des Ostheeres zu diesem Zwecke wäre bestimmt auf das Verbot der Feinde gestoßen. Es war die Frage, ob man sich dadurch verhindern lassen sollte, zu tun, was die deutsche Ehre, die deutsche Sicherheit verlangten. Hier war der Punkt, wo die Friedensverhandlungen sich mit der Ostfrage kreuzten, wo die reine Verteidigung im Osten mit dem Machtwillen der Feinde und der Unterwerfungsabsicht der Umsturzmachthaber zusammenprallte. Die Kreise, die für die Ablehnung der Versailler Bedingungen eintraten, erblickten im entschlossenen Auftreten gegen die Polen das beste Mittel, den guten Geist im Volke aufzurütteln und dem Ausland gegenüber das deutsche Ansehen wieder herzustellen — auch auf die Gefahr des feindlichen Vormarsches im Westen: Die Folgen eines solchen glaubten sie für das Vaterland ertragbar, weil sie überzeugt waren, daß die deutsche Wiedergeburt nur vom Osten ausgehen könne.

Soweit waren die Dinge gediehen, als Reichsregierung und Nationalversammlung, als Presse und Volkstungebungen den Versailler Vertrag verwarfen. Was lag näher, als im Osten die Folgerungen daraus zu ziehen? So entstand die Möglichkeit, daß die völkischen Bestrebungen mit den Maßnahmen der Regierung im Osten zusammenliefen, und die Hoffnung blickte auf, daß daraus für den Aufbau Deutschlands sich Wirkungen ergäben, die für die Wiederherstellung der völkischen Selbstachtung und der Ehre vor dem Ausland, der Wahrung des deutschen Besitzstandes, Gutes versprachen. Es kann als erwiesen gelten, daß ein Teil der neuen Machthaber im Reiche und in Preußen solchen Gedanken zugänglich war — jedenfalls ist den Truppen ein solches Verfahren in Aussicht gestellt worden.

Und doch war auch dies entweder nur eine starke Anwendung oder bewußte Täuschung, je nach dem Wesen und den Absichten der einzelnen Regierenden.

Als der Gewaltwille des Vielverbandes sie in der Friedensfrage vor ein Entweder — Oder stellte, ward dies für sie in bezug auf den Osten von gleicher Bedeutung, zumal ja der Vertrag von Versailles vorschrieb, welche Landesteile unbedingt oder je nach dem Ausfall späterer Volksabstimmungen an Polen abgetreten werden sollten. Und wie dort, fielen sie auch hier um: Sie unterwarfen sich, verboten den Heerführern jeden Widerstand, jedes Vorgehen, beseitigten die Generale, die sich im Sinne der Volksehre ausgesprochen hatten, und erzeugten in den Truppen das Gefühl, von ihren Vorgesetzten monatelang betrogen und nun verraten worden zu sein.

Die „Ostfront“ wurde abgebaut, nachdem sie unter dem Aufwand von Mitteln, der für ein so bettelarmes Land wie das deutsche Reich ein ungeheures Opfer bedeutete, in monatelanger Arbeit erst hergestellt worden war. Eine neue furchtbare Niederlage! Das Deutschtum der Ostmark ward preisgegeben, soweit die Polen nach dem Willen der Verbandsmächte ihre Hand danach ausstreckten. Die Urheber dieser Ostmarken-Schande waren dieselben, die den allgemeinen Umsturz herbeigeführt und gefördert und welche die Unterwerfung unter Versailles betrieben hatten.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Vorgängen stehen diejenigen in Oberschlesien und in Kurland. Auch in bezug auf das Schicksal dieser Gebiete wirkten die Reichszerstörer im Sinne der Feinde — insbesondere in Kurland gaben sie die eigenen deutschen Landsleute an die Letten preis, deren Regierung deutsche Truppen, unter Verleihung des Bürgerrechts und mit dem Versprechen von Siedlungsland, zum Schutze gegen den russischen und lettischen Bolschewismus herbeigerufen hatte. Pflichttreu unterzog sich die so gebildete „baltische Landeswehr“ ihrer

Aufgabe. Auf Drängen des Vielverbandes, der dort oben keinen noch so unbedeutenden Ansatß deutscher Machtbildung dulden wollte, aber in den deutschen Truppen einen solchen erblickte, verlangte die lettische Regierung unter Bruch ihres Versprechens die Räumung des Landes und die Macht-haber des Reiches schlossen sich dem an, als der „Oberste Rat der Verbündeten“ seinen Druck auf Berlin ausübte; mit stärksten Mitteln forderten sie von den deutschen Truppen in Kurland, die lettisches Bürgerrecht erworben hatten unter Verzicht auf ihre vertraglichen Ansprüche, in Furcht und Unterwürfigkeit vor dem Gewaltwillen der Verbandsmächte ersterbend, die Rückkehr ins Reich.

Wohin man in den Ostfragen schaut, Verrat am deutschen Volke und seiner Ehre.

Soweit die preußisch-deutsche Ostmark in Frage kam, bedeuteten die Maßnahmen der Umsturzregierung das Ende der preußischen Polen-politik von Friedrich dem Großen bis zu Bismarck, wie es vernichtender nicht gedacht werden kann.

\* \* \*

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik wurde zum letzten Schlusse geführt, was mit Bismarcks Entlassung begonnen hatte: Der Umsturz vom 9. November brachte den leichtfertigsten und widersinnigsten Bruch des deutschen Volkes mit seiner Geschichte, herbeigeführt durch den Einfluß Volksfremder und Volksvergessener oder verstiegener Parteiführer, in die Tat umgesetzt durch die schlechtesten Bestandteile des Volkes. Ihm folgte die planmäßige Zerstörung der Reichsverfassung Bismarcks und des preußischen Staates, beides betrieben unter der geistigen Leitung jüdischer Auch-Staatsmänner, genehmigt von den Mehrheiten der sog. deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung.

Daß dies geschehen konnte, war durch die Zusammensetzung beider Volksvertretungen bedingt, die sich aus den ersten Wahlen anfangs 1919 ergeben hatte. Um sie recht zu würdigen, muß auf das Verhalten des Bürgertums und der alten bürgerlichen Parteien bei und nach dem Umsturz, sowie auf das der neugebildeten Parteien hingewiesen werden.

Das deutsche Bürgertum, das in der ganzen nachbismarckischen Zeit einen Mangel an Selbstbewußtsein und Würde, an Instinkt und „Zivilisation“ bewiesen hatte, der die Mißregierung von oben und die Machtverschiebung nach unten erst begreiflich macht, wurde von dem Umsturz ganz unvorbereitet getroffen und ergab sich untätig, ja feige in das Geschehene. Die Mehrheit seiner Wortführer in den alten Parteien des Zentrums, der freisinnigen Volkspartei und des linken Flügels der National-liberalen suchte eiligst den Anschluß an die Machthaber des Umsturzes,

indem sie die Weisheit predigten, man müsse sich zum Schutze der Ordnung und zur Abwehr des Bolschewismus „hinter die Regierung stellen“ — hinter diese „Volksbeauftragten“ ohne Volksauftrag, die Nutznießer eines politischen Verbrechens von unerhörter Verderblichkeit. Allein die Vertreter der Konservativen und Rechtsnationalliberalen wahrten Haltung und Würde, wenn sie auch den sofortigen Kampf nicht aufnahmen — in der Meinung, daß die Umsturzregierung, nachdem sie einmal die Macht in die Hand bekommen hatte, aus dem Triebe der Selbsterhaltung heraus durch Niederhaltung der wildesten Gesellschaftsfeinde für Ordnung sorgen werde.

Allgemein war man bei den Bürgerlichen der Ansicht, daß die „neue Zeit“ neue Parteibildungen verlange. Am ersten waren die jüdischen Schrittmacher des Umsturzes auf dem Plan, indem sie eine „demokratische Partei“ gründeten; zu ihr liefen die Fortschrittler und alles rechts von ihnen, was die Haltung verloren hatte — insbesondere vom linken Flügel der Nationalliberalen, d. h. in der Hauptsache der jüdische und jüdisch bestimmte Bestandteil dieser Partei. Das Zentrum hielt es für richtig, sich in eine „christliche Volkspartei“ umzuwandeln und fand daraufhin auch Zuzug aus nicht katholischen Kreisen, welche die christliche Weltanschauung durch den Umsturz bedroht sahen und in der neuen Gestalt des Zentrums deren Verteidiger erblickten — ein gründlicher Irrtum, der bald erkannt wurde. Wie diese Partei seit der Gründung des Reiches zuerst — nach der Ansicht des allerzuständigsten Beurteilers, des Fürsten Bismarck, — reichsfeindlich und dann bis zum Kriege, wenn auch nur bedingt, reichsfreundlich war, wie sie im Kriege nach dem Abflauen der ersten völkischen Begeisterung in ihre Unzuverlässigkeit zurückgefallen und dann durch ihr Verhalten eine der Haupt-Miturheberinnen des Zusammenbruches gewesen war, so erwies sie sich auch in ihrer neuen Form als strupellose Vertreterin ihrer Parteianliegen. Ihre Politik war grundlos bis zum Ekel; ein so unwürdiger, gemeinschädlicher, unwahrhaftiger Führer wie Erzberger brachte sie zu allem, was er wollte; diese Verfechter christlicher Weltanschauung und Kirchentums gehen Arm in Arm mit dem glaubenfeindlichen, von Juden beherrschten Sozialismus und machen das Maß ihrer Sünden voll, indem sie unter dem Einfluß ihrer angeblich christlichen Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit dem Umsturz schließen und die Reste des deutschen Wirtschaftslebens durch Unterstützung wahnwitziger Arbeiterforderungen untergraben helfen.

Den gleichen Weg ist in der Hauptsache der Teil des Bürgertums gegangen, der sich von der rein jüdisch geleiteten demokratischen Partei in ihre Reihen locken ließ. Es war widerwärtig, zu beobachten, wie diese Kreise, die nach Belieben je nach den Bedürfnissen ihrer Sonderwünsche Mannesstolz oder Unterwürfigkeit vor Königsthronen gezeigt hatten, sich

den neuen Machthabern förmlich an den Hals warfen und die revolutionäre Umwandlung als Fortschritt begrüßten. Ihre Führer drängten sich zu Minister- und Staatssekretärposten; alles machten sie und ihre Presse mit — bis auf die Zustimmung zum Versailler Frieden: hier waren sie zu klug, um die Mitverantwortung auf sich zu nehmen und überließen sie der sozialistisch-ultramontanen Mehrheit; ihre führenden Blätter dagegen — „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ — traten für die Unterzeichnung ein.

Wenn eine Partei nach dem Umsturz auf Nimmerwiedersehen verschwinden mußte, so war es die des angeblich freiheitlichen Bürgertums — statt dessen fand die demokratische Partei gewaltigen Zulauf; das Bürgertum wollte zu erkennen geben, daß es die Zeichen der neuen Zeit verstehe, daß es „freiheitlich“ gesinnt sei — und so rannten so viele — auch gut gesinnte — Bürger der reinen Judenpartei in die Arme, daß sie bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung nach der Sozialdemokratie und dem Zentrum die meisten Stimmen erhielt. Doch gebietet die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß viele, die sich der neuen demokratischen Partei anschlossen, im guten Glauben waren, es handle sich um die Bürgerpartei schlechthin. Daß dieser Irrtum überhaupt möglich war, ist eine Schuld der rechtsstehenden Gruppen, die viel zu lange mit der Sammlung ihrer Anhänger zauderten.

Wenn etwas die Kreise von Bildung und Besitz, Seßhaftigkeit und Eigenwirtschaft, Überlieferung und Staatsgesinnung zu einer machtvollen Einheit zusammenschweißen mußte, so waren es die Erfahrungen des Umsturzes: Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte von der Republik nichts wissen, wollte die Herrschaft der Straße abwenden, wollte die wahnsinnigen Sozialisierungsversuche nicht mitmachen — der Boden für eine große Bürgerpartei der Reichsrettung war bereitet. Aber die Parteiführer der Mehrheitsgruppen wollten es anders; auch in der Todesnot ihres Vaterlandes dachten sie an sich und ihren Ehrgeiz, und so blieb das Bürgertum zersplittert, weil es diesen Schädlingen folgte. Den Vorteil hatte die Sozialdemokratie, in deren Schlepptau sich das ultramontane Zentrum und die jüdische Demokratie begaben. Von allem, was für die politische Unmündigkeit des deutschen Volkes Zeugnis ablegt, ist das durchschlagendste, daß die jüdischen Macher der sog. demokratischen Volkspartei aus den Kreisen der Nichtjuden massenhaft Zulauf fanden.

So waren die bisherigen Anhänger der völkisch gerichteten Parteien gezwungen, für sich allein vorzugehen; leider einigten sich auch diese Gruppen nicht zu einer starken völkischen Partei, sondern spalteten sich in die deutsche Volkspartei und die deutsch-nationale Volkspartei — ein Vorgehen, dessen Notwendigkeit nicht anerkannt werden kann, und auch in den Parteizielen keine Begründung findet; wenn man einen Unterschied

entdecken will, so ist es vielleicht der, daß die deutsch-nationale Volkspartei entschlossen scheint, die Bekämpfung des Judentums aufzunehmen, während die deutsche Volkspartei dies — nach Kundgebungen ihrer Leitung ablehnt; die Masse ihrer Mitglieder ist jedoch offenbar auch judenfeindlich.

Diese beiden Parteien haben mit Nachdruck und mit dem Gewichte durchschlagender Gründe die volksverderbende Politik der Umsturzmachthaber und ihrer Mehrheitsparteien bekämpft; sie haben den Ruhm, die deutsche Ehre — soweit sie, die von der Macht ausgeschlossen waren, es konnten: also durch Reden, Erklärungen und sonstige Kundgebungen — gewahrt zu haben; leider haben sie nicht sofort den rücksichtslosen Kampf gegen eine solche Regierung aufgenommen, sondern eine Politik „positiver Mitarbeit“ zu treiben versucht — erst als sie erkannten, was von vorn herein klar war, daß von solchen Staatsleitern nur Unheil kommen konnte, haben sie sich zur „nationalen Opposition“ entschlossen.

Als Partei, die bis zur Zeit vor dem Kriege außerhalb der Regierungsfähigkeit und -möglichkeit stand, war die Sozialdemokratie geistig und politisch längst eingeroset — kein zugkräftiger Gedanke mehr, der aus ihren Kreisen kam; nur die Mittel größter Verheerung hielten die Gefolgschaft zusammen. Die besseren Köpfe der Partei erkannten diese Verschrumpfung; ihr Urteil blieb ohne Einfluß. Da kam über Nacht durch das Treiben der Unabhängigen der Umsturz — wie man glauben und als erwiesen annehmen kann, in diesem Zeitpunkt für die Mehrheitssozialisten verfrüht; nun aber mußten sie „dabei“ sein — ihre Führer wollten die erste Rolle spielen. So kam Scheidemann dazu die „Republik auszurufen“, so gelangten er, Ebert und der Jude Landsberg in den „Rat der Volksbeauftragten“; mit den Unabhängigen, die für sich „das Verdienst an der Revolution“ in Anspruch nahmen, mußten sie sich in die Macht teilen. Diese Verbindung konnte nicht dauern, denn die Mehrheitssozialisten waren im Glauben an ihre Lehre brüchig geworden, wollten von den Unbedingtheiten der sozialistischen Entwicklung nichts mehr wissen — sie waren verbürgerlicht und insofern als Sozialisten unwahrhaftig; von den verbundenen Worten des Parteiamens legten sie mehr Gewicht auf „demokratisch“ als auf „sozialistisch“. Anders die Unabhängigen; sie vertraten nicht nur die starre alte Parteilehre, sondern bildeten sie unter russisch-jüdischem Einfluß zur Forderung der Alleinherrschaft des Proletariats aus. Alle Zugeständnisse der Mehrheitssozialisten halfen nichts — um die Wende des Unglücksjahres 1918 riß das Bündnis und seitdem befehdeten sich die beiden Gruppen mit wildem Haß. Aber damit hatte die Spaltung der äußersten Linien noch kein Ende; den ganz Unbedingten waren auch die Unabhängigen nicht proletarisch genug. Sie erhielten Wettbewerber in der Gunst der großstädtischen Massen durch die Spartakisten (Kommunisten), die noch

von den Anarchisten überboten werden. So zeigt das „werttätige“ Volk dasselbe Bild der Zerrissenheit wie das Bürgertum; wenn nicht alle Zeichen trügen, wandert seine Gefolgschaft nach links ab, während die Entwicklung der Bürgerlichen nach rechts führt.

Daß der Umsturz, den wir als heispielloses politisches Verbrechen erkannt haben, auch eine politische Lüge war, erwies der Ausfall der Wahlen zur „verfassunggebenden Nationalversammlung“. Obwohl damals die Sozialdemokraten im unbestrittenen und alleinigen Besitze der obersten Staatsgewalt waren und obwohl sie bei der Wahlbewegung von den ihnen dadurch in die Hand gegebenen äußeren und inneren Mitteln der Wahlbeeinflussung strupellosen Gebrauch machten — obwohl zum ersten Male die Frauen zur Wahlurne gerufen wurden und von beiden Geschlechtern die Zwanzigjährigen wählen durften, also die Masse der Urteilslosen ungeheuer vermehrt ward: — trotz alledem vermochten die Sozialisten keine unbedingte Mehrheit zu erzielen. Sie brachten es für die Regierungssozialisten auf 164, für die Unabhängigen auf 22 Abgeordnete, zusammen also 186, während das Zentrum 91, die Demokraten 75, die deutschnationale Volkspartei 39, die deutsche Volkspartei 22, sonstige kleinere Gruppen und Parteilose 8 Sitze erhielten — zusammen also 235. Den Umstürzern standen sonach die Bürgerlichen mit starker Überlegenheit gegenüber. Die Mehrheit der Wähler hatte trotz aller ungünstigen Einflüsse den Umsturz abgelehnt; kein Zweifel, daß sie nach wie vor monarchisch war. Jetzt kam es darauf an, wie die Erwählten des Bürgertums sich verhalten würden: die Entscheidung lag bei den Abgeordneten des Zentrums und der Demokratie, und sie haben versagt.

Die erste Zeit der sozialistisch-demokratisch-republikanischen Herrschaft hat genügt, für immer die unbedingte Regierungsunfähigkeit der Gruppen darzutun, welche die Staatsleitung in der kaiserlosen Zeit in die Hand genommen haben. Die Demokratie — einerlei, ob sie jüdisch-bürgerlich, sozialistisch oder ultramontan aufgemacht ist, hat einen fürchterlichen Zusammenbruch erlebt — nur schade, daß das deutsche Reich vernichtet werden mußte, um ihre Untauglichkeit zu erweisen! Unfruchtbar, feige, wie das „alte System“ in seiner schlimmsten Zeit, richtet sie sich nur nach dem Begehren der Masse, sucht sie bei guter Laune zu erhalten und opfert diesem Bestreben die Grundlagen staatlicher Gemeinschaft.

Der Sozialismus, der sich vermessen hatte, möglichst vielen das Glück zu bringen, der die wahre Freiheit an Stelle der bisherigen Unterdrückung verhiß, der Arbeit sein wollte — erwies sich als die jedes Gemeinleben zerstörende Gruppe, als die er von geistig Klaren immer erkannt worden war: die ehrlichen Volksbeglucker, die weltfremden Idealisten bildeten von je die einflußlose Minderheit — ihre Wahngedanken hatten keine Anziehungskraft — die Masse war von dem Triebe des Neides erfüllt,

bei ihm von den berufsmäßigen Hezern angepaßt worden, von ihm zu selbstmörderischer Zertrümmerung der Grundlagen des eigenen Daseins getrieben worden. Wie der Neid niemals schöpferisch und glückspendend werden kann, so mußte auch der Sozialismus als Partei des zum System erhobenen Neides seine eigenen Anhänger mit dem Volksganzen verderben. Nicht zu reden davon, daß er statt der Freiheit nach innen die Gewaltherrschaft der Massen, nach außen die Versklavung durch die Feinde gebracht hat.

Bezeichnend ist, daß der echteste Verkörperer der auf den Umsturz folgenden staatlichen Mißwirtschaft kein Sozialist, auch kein Juden-Demokrat, sondern der Zentrumsdemagoge Erzberger wurde, den geduldet und groß haben werden zu lassen die unsühnbare Schuld des Zentrums ist.

Alles in allem bestätigt das Verhalten der drei international gerichteten Parteien gerade im Kriege und beim Umsturz das Urteil des Fürsten Bismarck, der in ihnen mit der sicheren Witterung des Staatsmannes, Menschen- und Geschichtskenners Reichsfeinde erblickt und sie auch so genannt hatte. Diese Kennzeichnung ist später, als der neue Kurs alles schön gefärbt sehen wollte, außer Übung gekommen, und als der Krieg ausbrach, gab es nach der Ansicht des Kaisers und Bethmann Hollwegs nur Vaterlandsfreunde im deutschen Reiche. In Wahrheit aber lebten die Reichsfeinde noch; sobald sie die Stimmung des Volkes abflauen sahen, nahmen sie ihre Arbeit wieder auf und richteten das Werk Bismarcks, von seinen Nachfolgern ungehindert, zugrunde.

Wie Regierungen und Volksvertretungen wirken, in denen solche Gruppen tonangebend sind, liegt auf der Hand: so führen sie für das verblendete deutsche Volk den in der Geschichte längst erbrachten Beweis von neuem und mit entsetzlichem Nachdruck, daß ein Staat von unten her nicht regiert werden kann. Was die Tagungen der Arbeiter- und Soldatenräte, über die öffentliche Berichte ausgegeben wurden, an Tiefstand der Gesinnung, des Urteils, der Schulung brachten, ging über die schlimmsten Erwartungen weit hinaus und widerlegte das schmeichlerische Wort von der politischen Reife der Deutschen. Sachlich nicht viel höher stehen die Verhandlungen der Landesversammlungen und der Nationalversammlung, soweit nicht die Wortführer der „nationalen Opposition“ sie auf eine gewisse Höhe bringen. Leute, die nicht die kleinste Gemeinde gut leiten könnten, sind durch die Unvernunft der Wähler bestimmt, die Geschäfte eines großen Volkes in schwerster Not zu besorgen. Sie können nicht anders; sie müssen vernichten und verwirtschaften, was der neueste Kurs, was der Umsturz noch übrig gelassen haben.

Die neue Reichsverfassung, die diese Regierung mit dieser Nationalversammlung geschaffen hat, kehrt sich mit gehässiger Absichtlichkeit von den Anschauungen ab, von denen der Reichsgründer er-

füllt war; ein lebloses Gebilde ohne Vollstündlichkeit — mit vollendeter Gleichgültigkeit aufgenommen, als sie am 11. August 1919 verkündet wurde und am 14. in Kraft trat. Die ruhmreichen Farben des alten Reiches wurden abgeschafft und durch schwarz=rot=gold ersetzt — damit verloren die Farben der völkischen Bewegung von 1848 den Zauber, den sie ausgeübt: denn was von diesem Umsturz berührt wird, ist entheiligt.

Die Geldgebarung des „neuen Systems“ widerspricht allen bewährten Grundsätzen der Staatswirtschaft und führt das Reich immer tiefer in Schulden. Die deutschen Zahlungsmittel sind dem Ausland gegenüber so entwertet, daß ein Gütertausch nur unter größten Opfern möglich ist. Die Kriegsgesellschaften leben noch und die Zwangsbewirtschaftung setzt ihr schädliches Treiben fort. Die Sozialdemokratie konnte keines ihrer alten Parteiversprechen, aber auch keine der Glücksverheißungen des Umsturzes wahr machen; um sich vor der Enttäuschung ihrer Gefolgschaft zu sichern, sucht sie ihnen durch gemeinschädliche Versuche, wie die Sozialisierung „reifer“ Betriebe und die Einführung des „Räteystems“ in alle wirtschaftlichen Unternehmen mit gewisser Arbeiterzahl, Sand in die Augen zu streuen. Das wahnwitzige „Reichsnotopfer“ Erzbergers entzieht der Privatwirtschaft die Mittel, ohne dem Reiche zu helfen. Die öffentlichen Verkehrrsanstalten verlangen Zuschüsse; Post und Eisenbahnen, einst Vorbilder für die ganze Welt, sind innerlich und äußerlich zugrunde gerichtet. Die Ansprüche der Arbeitnehmer sind infolge der jahrzehntelangen Verheißung so gestiegen, daß ein Wirtschaften unmöglich ist — Pflichtgefühl, Arbeitsfreude sind gesunken, bei allzu vielen ertötet. Die unterschiedlose Arbeitslosenunterstützung fördert die Trägheit, züchtet Betrüger und Verbrecher; Ausstände tragen die Unsicherheit in alle Betriebe. Der Sinn für Recht und Ehre, Gesetzhaltigkeit und Ordnung ist verschwunden; Sparsamkeit und Maßhalten, Scham und Schidlichkeit gelten als überlebt. Ein Taumel der Genußsucht ist über das zerschlagene Volk gekommen, der sich überall, am schlimmsten in den Großstädten, austobt: Dort herrschen Tanz- und Spielwut, die krankhaft sind.

Der „preußische Militarismus“, der nichts anderes war als die Schule der Ordnung und das Werkzeug äußerer und innerer Sicherheit, ist tot — an seine Stelle ist ein Soldheer getreten, das mehr kostet als das um ein vielfaches stärkere Heer der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Kaiser und die Fürsten sind beseitigt — aber die Machthaber des Umsturzes zittern im Bewußtsein ihrer Schuld vor der „Gegenrevolution“. Ihre Nachläufer wollen die Gegenleistung für ihre Hilfe bei der Zerstörung des Gewesenen und drängen sich zu den Ämtern; so gelangen Menschen zum öffentlichen Dienst, die nicht nur nichts von dem verstehen, was ihrer Obhut anvertraut ist, sondern die durch Unwürdigkeit den letzten Rest des staatlichen Ansehens untergraben. Die Bestech-

lichkeit hat schnell Eingang gefunden; die auf deutschem Boden bisher unbekannte „Korruption“ ist nicht nur entstanden, sondern hat sich mit erschreckender Schnelligkeit eingefressen.

Das Treiben der Machthaber in den Hauptstädten hat eine Bewegung hervorgerufen, die unter den Schlagworten „Los von Berlin“, „Los von München“ die Zertrümmerung der beiden größten Bundesstaaten anstrebt. Mit dieser aus dem Widerwillen gegen die Umsturzleute erklärbaren, aber trotzdem politisch zu verwerfenden Bewegung sind im besetzten Gebiete volksverräterische Machenschaften verquidt, die — hauptsächlich unter ultramontanen Einflüssen — den Anschluß an Frankreich suchen, dies aber heuchlerisch mit dem Abscheu begründen, den die ordnungsliebende Bevölkerung vor den Folgen des Umsturzes empfinde, und mit dem Verlangen, unter französischem Schutze wieder zu geregelten Verhältnissen zu kommen.

Die Landarbeiter werden gegen die Besitzer aufgehetzt, und Ernteaussstände gefährden die Ernährung des Volkes. Die Kohlennot stellt die Aufrechterhaltung industrieller Betriebe und den Verkehr, die Beleuchtung und Erwärmung in Frage — und dabei verlangen die Feinde dem Versailler Vertrag gemäß die Lieferung von Kohlen!

Die Höhe der Schuldenlast des Reiches ist unübersehbar; zu ihr kommen die Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden.

Die Verwaltung ist im Zustande der Auflösung.

Die Schulen sollen mit dem „neuen Geiste“ erfüllt werden, d. h. jede wirkliche Erziehung wird in Frage gestellt, der Einfluß der Kirchen auf die Jugenderziehung so gut wie ausgeschaltet; damit wird der Menschenwert des kommenden Geschlechts gefährdet.

Alle bösen Geister scheinen losgelassen, um dies der inneren Sammlung, körperlichen Erholung und wirtschaftlichen Erstarfung bedürftige Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Das ist das Ende des Bismarck-Reiches, herbeigeführt durch die Schuld eines ganzen Volkes, das sich durch volksfremde und volksvergessene Salschmünzer der öffentlichen Meinung seinem eigenen Wesen hat entfremden lassen.

\* \* \*

Da das deutsche Reich der Kraftmittelpunkt des gesamten deutschen Volkes ist, mußte sein Zusammenbruch von verhängnisvollster Wirkung auf das Deutschtum außerhalb des Reiches sein. Von der Not, in welche die Auslandsdeutschen im engeren Sinne, d. h. die in fremden Staaten lebenden, durch den Krieg versetzt wurden, soweit ihre Gastländer sich als Feinde des Vaterlandes am Kriege beteiligten, haben wir schon gehört. Für sie konnte allein der deutsche Sieg Rettung bringen, indem er ihnen Entschädigung für ihre Verluste, den Neuaufbau ihres Lebens gesichert

hätte. Die Niederlage des Vaterlandes besiegelte ihren Untergang — eine erschütternde Tatsache.

Die Deutschen in Rußland haben furchtbar gelitten. So lange die Zarenherrschaft noch dauerte, wurde gegen sie nach dem Worte des Ministerpräsidenten Goremytin verfahren: „Wir führen den Kampf gegen das Deutschtum.“

Die Kriegshandlungen, die Maßnahmen der militärischen Befehlshaber in Kriegsgebieten, in denen Deutsche ansässig waren, haben vollendet, was die Verwaltung in bezug auf Mißhandlung der Deutschen zu tun übrig ließ. Die Bolschewisten taten das Letzte. Bei dem heutigen inneren Zustand Rußlands läßt sich nicht übersehen, was von den deutschen Siedlungen diese Verfolgung, das Chaos überstanden hat, was etwa noch bei der Verschleppung gerettet wurde. In Wolhynien scheint alles vernichtet zu sein; an der Wolga soll es besser stehen, während die transkaukasischen Siedlungen vielleicht ziemlich glimpflich durchkommen. Um so grausamer ist das Schicksal des Deutschtums in den Ostseeprovinzen — ein erschütterndes Trauerspiel in örtlich begrenztem Rahmen innerhalb des gewaltigen Trauerspieles des ganzen deutschen Volkes! Nach den Nöten der ersten Kriegszeit durch den Einmarsch deutscher Heere befreit, sahen sie den deutschen Kaiser unter sich, jubelten ihm als ihrem dereinstigen Oberhaupte zu, bereiteten den staatlichen Anschluß an das Mutterland vor. Da brachte der Umsturz die militärische Räumung der Lande; wo gestern noch deutsche Truppen gelegen hatten, rüdten die Horden russischer und lettischer Bolschewisten ein und hausten mit unermesslicher Grausamkeit. Als die Bolschewistengefahr auch die neuen Machthaber des deutschen Reiches zwang, gegen die Nordbrenner aufzutreten, und als das eingeseffene Deutschtum zur Selbstverteidigung schritt, kamen nochmals Tage der Hoffnung; ein wechselvoller Kleinkrieg begann, der heute eine Stadt rettete, um sie später wieder preisgeben zu müssen. Wehe den Deutschen, die dann in die Hände des Gesindels fielen. Noch ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, noch läßt sich nicht übersehen, welche Opfer an Gut und Blut die deutsche Niederlage das baltische Deutschtum gekostet hat — fest steht aber, daß es mit beispielloser Treue und Zähigkeit, mit unerschütterlicher Standhaftigkeit und Opferbereitschaft sein Volkstum verteidigt hat — ein ruhmvolles Vorbild für jene Deutschen, die dereinst ihr zertretenes Vaterland wieder aufrichten werden. Die neuen Machthaber im Reich hatten für die politische Bedeutung und den sittlichen Wert des deutschbaltischen Daseinskampfes kein Verständnis; sie betrachteten ihn als das verzweifelte Bemühen der ihnen verhaßten „baltischen Barone“, ihre angeblich volksfeindliche Adelsherrschaft zu retten. Darüber übersehen sie, selbst ohne Sinn für persönliche Ehre, daß dort oben im Norden die völkische Ehre gewahrt wurde.

In Frankreich und Belgien waren Verfolgung, Haß und Verachtung alles Deutschen maßlos; das deutsche Eigentum verfiel in Frankreich bei Kriegsbeginn, in Belgien nach der Räumung der Beschlagnahme; die Deutschen selbst wurden nach der Willkür der Behörden entweder ausgewiesen oder in Verwahr genommen.

England und seine Kolonien führten allem Völkerrecht zuwider nicht nur den Raub deutschen Privatvermögens durch, sondern ließen alle Handelsniederlassungen auflösen; dabei wurden ungeheure Werte mit voller Absicht vernichtet und der einzelne Deutsche um sein Eigentum gebracht. Auch dort war nur die Wahl zwischen Ausweisung oder Festnahme; in beiden Fällen erfuhren die meisten der Betroffenen grausame und unwürdige Behandlung.

In anderen Staaten scheint man weniger gehässig vorgegangen zu sein; so wird behauptet, daß die Reichsdeutschen in den Vereinigten Staaten, in China, in Italien persönlich weniger Grausamkeiten zu erdulden hatten, aber auch dort verfiel ihr Vermögen der Einziehung.

Wenn auch noch bei weitem nicht volle Klarheit über die Lage des Deutschtums in den am Kriege beteiligten feindlichen Staaten geschaffen ist, so kann doch bestimmt gesagt werden, daß ihm ein tödlicher Schlag versetzt worden ist. Eine Zeit des Leidens liegt hinter ihm, Not und Armut vor ihm. So endet dieser Abschnitt deutscher Geschichte mit einem fürchterlichen „verloren“.

Aber nicht nur dies: der Weltkrieg, von dessen Schicksal das Auslandsdeutschtum abhing, dessen glückliches Ende seine Zahl hätte verringern können, hat es vermehrt: Elsaß-Lothringen, Posen und die anderen abgetretenen Gebiete sind ja Ausland geworden, die in ihnen wohnenden Volksgenossen damit zu „Auslandsdeutschen“!

\* \* \*

In weiterem Sinne waren auch die Deutschen des Habsburgerreiches Auslandsdeutsche — und sie sind es geblieben.

In Ungarn führte der Umsturz zum Zusammenbruch des madjarischen Größenwahnes: Die madjarischen Verräter traf die Strafe zuerst und vernichtend. Aus dem Ungarn, das eine künstlich zur Mehrheit gemachte madjarische Minderheit zum madjarischen Nationalstaat mit den Ansprüchen einer Großmacht zwingen wollte, ist ein kleines, armes, verachtetes Gemeinwesen geworden, von dem Rumänen, Serben, Kroaten, Tschecho-Slowaken, Italiener sich die Landesteile abgerissen haben, in denen ihre Volksgenossen wohnen; für Ungarn bleibt in der Hauptsache nur die madjarisch besiedelte Donau-Tiefebene. Kein Wort des Bedauerns kann diesem Zusammenbruch gelten — ein Volk, das am Ende seiner

Geschichte eine Tat auf sein Gewissen läßt, wie das madjarische durch den Verrat des Feldmarschalls von Mačensen, der sein Retter vor Russen und Rumänen war, verdient kein anderes Schicksal.

Die Deutschen des zerschlagenen Ungarn sind dabei, unter klugen und tüchtigen Führern, in den Ländern, denen sie zufallen, ihre Zukunft zu sichern, indem sie je nach den Umständen vorgehen. Es hat den Anschein, daß die Rumänen, zu denen die Siebenbürger Sachsen und ein Teil der Banater Schwaben, und der jugoslawische Staat, zu dem der Hauptteil des südungarischen Deutschtums kommen wird, es günstiger behandeln wollen, als es unter madjarischer Herrschaft geschah. Doch ist die Entwicklung abzuwarten. Was im restlichen Ungarn bleibt, hat sich im deutschen Kulturrat eine Vertretung geschaffen und ist den schwachen Madjaren gegenüber in besserer Lage als früher.

Das westungarische Deutschtum strebt zu Deutsch-Österreich, und seine Vertreter hatten den Anschluß schon erklärt, als die jüdisch-sozialistischen Machthaber, die durch den Umsturz in Wien zur Herrschaft gelangt sind, eine förmliche Volksabstimmung verlangten. Die Verbandsmächte haben die Vereinigung dieser Volksgenossen mit dem von ihnen geschaffenen „Österreich“ bewilligt.

Die Reichshälfte diesseits der Leitha, der Kaiser Franz Josef am Ende seines Lebens mit der amtlichen Bezeichnung „Kaisertum Österreich“ endlich einen Namen gegeben hatte, ist infolge des Zusammenbruches des Gesamtstaates auseinandergefallen; das Gebiet ist zwischen Polen, Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Italien und Klein-Österreich aufgeteilt worden. Dabei verfuhr die feindliche „Friedenskommission“ durchweg zum Nachteil des deutschen Volkes und setzte sich über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, geschichtliche Überlieferung, wirtschaftliche Entwicklung und Volkszugehörigkeit, rücksichtslos hinweg. Dieselben Staaten, die Recht und Gerechtigkeit fortwährend im Munde führen, reißen das rein deutsche Südtirol zugleich mit dessen italienisch besiedeltem Zipfel vom Tiroler Lande ab; bis zum Brenner geht die reichsitalienische Grenze. In einer Vergewaltigung sondergleichen werden Meran und Bozen, die Heimat Walthers von der Vogelweide und Andreas Hofers, urdeutscher Boden mit rein deutscher Bevölkerung, vom deutschen Volkskörper getrennt und dem verhaßten Italien zugewiesen.

Die Tschecho-Slowaken zwangen das ganze Sudeten-Deutschtum der böhmischen Randgebiete, Mährens und Österreichisch-Schlesiens unter ihr Joch. Dreieinhalb Millionen Deutsche sind diesen gewalttätigen, gewissenlosen Feinden unseres Volkes ausgeliefert — keine Verwahrung, kein Ruf um Recht wurde von den Siegern erhört; weder der Anschluß an das deutsche Reich, noch an Deutsch-Österreich wurde

ihnen zugestanden. Auch sie mußten unter das Joch und leben als Rechtlose in dem neuen Freistaat der Tschecho-Slowaken, dessen sozialistische Leiter ihnen gegenüber von dem Geiste der Völkerversöhnung nicht nur nichts merken lassen, sondern ihre Führer verfolgen, ihre Presse bedrücken, ihre wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Das Unrecht, das die Heuchler des Vielverbandes diesem unglücklichen deutschen Stamm antun, schreit zum Himmel.

Nicht anders ist es an der deutsch-slowenischen Sprachgrenze im Gebiete der Ostalpen. Die mit dem tatsächlichen Besitzstand im Widerspruch stehenden Ansprüche der Slowenen wurden zum Nachteil der Deutschen durchweg befriedigt; soweit die Küstenlande nicht italienisch wurden, fielen sie an Jugoslawien und die „Friedenskommission“ der Verbündeten hatte nur Sorge, den Widerstreit der italienischen und jugoslawischen Begehren zu mildern oder zu lösen — über die deutschen Einsprüche und Verwahrungen zerbrach sie sich nicht den Kopf. So fielen Teile von Steiermark und Kärnten an den neuen Südslawenstaat, deren Deutsche der Fremdherrschaft ausgeliefert sind. Wie willkürlich und gewalttätig die Feinde dabei verfahren, belegt die Tatsache, daß das alte deutsche Marburg an der Drau zu Jugoslawien kam!

Was von Alt-Österreich übrig blieb, waren die Kronländer Salzammergut, Vorarlberg, Nordtirol, Nordkärnten, Nordsteiermark, Ober- und Nieder-Österreich. Von ihnen suchte Vorarlberg den Anschluß an die Schweiz, wurde von ihr aber zurückgewiesen; die übrigen strebten nach dem Reiche, wurden aber durch das Verbot des Vielverbandes von ihm ferngehalten.

In den deutschen Kronländern des zertrümmerten Staates war der Umsturz von wesentlich denselben Kreisen ausgegangen wie im Reiche, nur spielte das Judentum und seine Presse wenn möglich hier noch eine größere Rolle wie dort; das großstädtische Proletariat folgte seiner Leitung ganz; das Bürgertum war zerspalten und willenlos; die Behörden versagten — kurz, die Umstürzler rissen die Gewalt an sich und an die Spitze des werdenden Staates, der als erste Pflicht die Rettung des Deutschtums der gemischtsprachigen Gebiete, als zweite die Vereinigung mit demjenigen des Reiches hatte, traten in den wichtigsten Ämtern sozialistische Juden. Wie in Berlin, so hatten auch in Wien die Machthaber Angst vor dem zurückgekommenen Heere und beeilten dessen Auflösung; wie dort mußte alsbald für die innere Ordnung eine Truppe gebildet werden. Man war aber in Wien noch furchtsamer als in Berlin, indem man nur „Genossen“ in Dienst nahm; so entstand die „Volkswehr“ — eine Truppe, die ein Spott gegen ihre Aufgabe und eine Bedrohung für das Bürgertum wurde. In den international gerichteten Kreisen hatte man die Hoffnung, daß die Verbandsmächte mit Österreich glimpflicher verfahren würden, als

mit dem deutschen Reiche, und der französische Beauftragte, der alsbald in Wien seinen Sitz aufschlug, fand für seine Machenschaften unter Juden, Sozialisten und Klerikalen willige Helfer; auch der deutschfeindliche Feudaladel suchte Beziehungen zu ihm.

Um so peinlicher war die Überraschung, als die Friedensbedingungen, die dem neuen Staate am 2. Juni 1919 in St. Germain vorgelegt wurden, noch härter waren, als diejenigen von Versailles. Das ungeliebte Rest-Osterreich war, weil es deutsch war, der Erbe all des Hasses, der einst dem Habsburger-Staate gegolten hatte; auf es wurden die Nachteile des Gesamtstaates aus dem Kriege abgewälzt. Eine ungeheuerliche Schuldenlast wurde ihm aufgebürdet; seine wirtschaftliche Erhebung verhindert, indem die Kohlen- und Industriegebiete Böhmens an die Tschecho-Slowaken gegeben wurden. Vom Zugang zum adriatischen Meere wurde es abgesperrt, indem die Küstengebiete des alten Gesamtstaates unter Italien und Jugoslawien verteilt wurden, die freilich darüber in Todfeindschaft gerieten. Dies Klein-Osterreich, seiner böhmischen, mährischen, schlesischen, südsteirischen, südtiroler und südkärntner Deutschen beraubt, wurde ein Binnenstaat, der nicht leben und nicht sterben kann, dem der Anschluß an das deutsche Reich ausdrücklich verboten ist und dem der Haß der Verbandsmächte vorschrieb, daß nicht einmal das Wort deutsch in dem amtlichen Namen vorkommen darf. Durch den Willen der Sieger heißt der kleine deutsche Binnenstaat der Alpenländer Osterreich; machtpolitisch ist er noch stärker gefesselt als das deutsche Reich, und die ihm auferlegte Pflicht der „Wiedergutmachung“ der Kriegsschäden drückt ihn zu Boden.

Als diese Bedingungen in Wien bekannt wurden, brach die Empörung jener, die sich am meisten auf die Milde des Vielverbandes verlassen hatten, am lautesten aus — aber das wehr- und machtlose Gemeinwesen mußte sich unterwerfen, und am 10. September wurde der Raubvertrag von St. Germain vollzogen.

Die inneren Zustände des Landes sind noch verfahrenener als im deutschen Reiche; die verwahrloste Reichshauptstadt mit ihrem Proletariat, mit ihren Massen von Ostjuden, die seit Kriegsbeginn als Flüchtlinge dort zusammengeströmt waren, belastet die Kronländer unerträglich, und es ist durchaus verständlich, wenn diese unter dem Schlagwort „Los von Wien“ eine Regelung anstreben, die sie von dem Einfluß dieser im Verhältnis zu dem übrigen Lande viel zu großen, verjudeten, international gerichteten Stadt befreien. Wie sehr dies Streben sachlich begründet ist, ergibt sich daraus, daß das neue Osterreich im ganzen rund sechs Millionen Einwohner hat, von denen in Wien allein eindreiviertel Millionen leben — also fast der dritte Teil!

Im Gegensatz zum deutschen Reiche lebt die Mehrzahl der Bevölkerung — von der Hauptstadt abgesehen — auf dem Lande und in Mittel- und

Kleinstädten, so daß die innere Wiedergeburt, die Aufrichtung der Ordnung, bessere Aussichten bietet als im deutschen Reiche.

Die furchtbare Schuld, welche die Juden, Sozialisten und Ultramontanen Alt-Österreichs durch die Zermürbung des Volkes am Zusammenbruch der beiden Mittelmächte haben, wird nicht durch die Verwahrung ausgelöscht, welche die Nationalversammlung des neuen Staates gegen die Vergewaltigung durch die Verbandsmächte und gegen die Fernhaltung vom deutschen Reiche beschloßen hat.

Die Völkischgesinnten des Reiches hören unter den aus Deutsch-Österreich herüberdringenden Stimmen allein diejenigen ihrer Gleichgesinnten und wissen, daß die Zukunft dieses Bruderlandes auf ihnen ruht.

Wer die Geschehnisse dieser Zeit so betrachtet, daß er einen Plan der Vorsehung in ihnen erkennt, wird die derzeitige Trennung der Deutschen des Reiches und Österreichs als ein vorübergehendes Übel hinnehmen und erwägen, ob es nicht im Sinne der deutschen Wiedergeburt nachteilig gewesen wäre, wenn die Wiedervereinigung eine Folge des Umsturzes gewesen, wenn sie als eine Wohltat der Urheber dieses Verbrechens erschienen wäre. Aus Schlimmem kann nichts Gutes entstehen — dies Gesetz gilt jetzt für das deutsche Volk; das Gute kann erst kommen und wiederkehren, wenn Ursachen und Urheber des Schlimmen beseitigt sind.

\* \* \*

Am Schlusse dieser Schilderung hat die Feststellung zu stehen, daß das deutsche Volk, das im Reiche Bismarcks freier lebte als irgend ein anderes — das wohlhabender geworden war und in besserer Ordnung lebte, als irgend ein anderes, zum verachteten und gehaßten Sclavenvolke der Welt geworden ist, daß es in Bettelarmut und heillose Unordnung geriet, weil es in seiner Verblendung jenen folgte, die den deutschen Sieg nicht wollten. Seine Helden hatten ihm den erstritten und wollten und konnten ihn halten — die Verräter im Volke wollten es anders, und so kam das Ende voller Schrecken und Not, die keine Reue wendet, die nur Befreierrat wegräumen wird.

Die deutsche Selbstvernichtung hat die angelsächsischen Staaten im Bunde mit dem internationalen Großkapital zu Herren dieser Erde gemacht, weil die Deutschen nicht wußten, was sie wollten — zu wollen hatten. Nun fragt es sich, wie lange diese Herrschaft dauern wird. Wenn dies unklar ist, so ist um so gewisser, daß kein Volk schwerer unter ihr zu leiden hat als das deutsche, so lange sie dauert.

Diese Sicherheit ist das trostlose Endergebnis des Weltkrieges, in dem das deutsche Reich 1600000 Tote betrauert, in dem es über 600000 Gefangene und 200000 Vermißte verloren hat, von denen allzu viele die

Heimat nicht wiedersehen werden — in dem über vier Millionen seiner Kämpfer verwundet wurden, von denen zahllose dauernd verkrüppelt sind. Zu diesen Opfern vor dem Feinde kommen diejenigen der Heimat: das Reichsgesundheitsamt hat festgestellt, daß dreiviertel Millionen Deutsche an Unterernährung gestorben sind — ungeachtet der Gesundheitschädigung, die Hunger und Kälte dem Volke, vor allem den Kindern, zugefügt haben. Welche Fülle von Not und Leid liegt in diesen Zahlen! Und doch dies Ende!